



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 18. Dezember 2024

GKKE-Rüstungsexportbericht 2024

*Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten
Katholischer Vorsitzender der GKKE*

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute – gemeinsam mit meiner evangelischen Kollegin Prälantin Dr. Anne Gidion – den 28. Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) vorlegen zu können. Dieser Bericht wird jährlich von unserer Fachgruppe Rüstungsexporte erstellt. Den Mitgliedern dieser Fachgruppe, namentlich deren Vorsitzenden Dr. Max Mutschler, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Arbeit danken.

Auch wenn der Bericht sich im Wesentlichen auf die Rüstungsexporte 2023 bezieht, so spielen dennoch die Entwicklungen dieses Jahres in ihn hinein. Zu den Rüstungsexporten in die Ukraine haben wir uns in den letzten Jahren wiederholt ausführlich geäußert. Dies gilt immer noch. Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine ist unbestritten und kluge und verantwortliche Waffenlieferungen sind weiterhin wichtig.

In diesem Jahr haben wir uns aus gegebenem Anlass schwerpunktmäßig mit den deutschen Rüstungsexporten nach Israel und in den Nahen Osten befasst. Ich will nicht verhehlen, dass die Bewertung durchaus auch in der Fachgruppe umstritten ist. Wir haben es uns angesichts der besonderen Bedeutung Israels nicht einfach gemacht. Lassen sie mich unsere Sicht auf die Dinge kurz verdeutlichen:

Der Terrorangriff der mit dem Iran verbundenen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 stellte eine qualitative Eskalation der Gewalt im Nahen Osten dar. Israel reagierte mit Bombardierungen und einer Bodenoffensive im Gazastreifen, um die Hamas zu zerstören und Geiseln zu befreien. Die Gewalt breitete sich auf die Region aus: Raketenangriffe kamen nicht nur aus dem Gazastreifen, sondern auch von der Hisbollah aus dem Libanon und den Huthi aus dem Jemen. Israel antwortete mit Angriffen auf Stellungen und Ziele dieser Gruppierungen, die vom Iran unterstützt werden. Nach dem Hamas-Angriff erklärte die deutsche Bundesregierung ihre Solidarität mit Israel und genehmigte verstärkte Rüstungslieferungen. Deutschland ist für Israel ein wichtiger Rüstungspartner, besonders bei Schiffen und U-Booten, die Israels Verteidigungsfähigkeit stärken. Die israelische Kriegführung, die sehr viele zivile Opfer fordert, löste eine Debatte über die Verantwortung und die Rechtmäßigkeit dieser Lieferungen aus. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und mehrere europäische Staaten kritisierten Israels Vorgehen in Gaza als Verletzung des humanitären Völkerrechts, insbesondere durch gezielte Angriffe auf zivile Ziele und Infrastruktur. Einige europäische Länder setzten deshalb ihre Rüstungsexporte an Israel aus oder beschränkten sie. Auch in Deutschland wurde gefordert, Exporte stärker an die Einhaltung des Völkerrechts zu knüpfen oder gar ganz einzustellen. Die Bundesregierung

ermahnte Israel zur Einhaltung der humanitären Regeln, schränkte die Rüstungslieferungen jedoch nur zeitweise ein. Mittlerweile hat sie neue Waffenlieferungen angekündigt.

Die GKKE unterstreicht die besondere Verantwortung Deutschlands für Israels Sicherheit und dessen Recht auf Selbstverteidigung. Sie betont jedoch, dass auch Israel sich an das humanitäre Völkerrecht halten muss. Sie fordert die Bundesregierung auf, keine Rüstungsexporte nach Israel zu genehmigen, wenn ein hinreichender Verdacht besteht, dass die Rüstungsgüter zu schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht benutzt werden. Rüstungsgüter wie zum Beispiel Panzermunition dürfen nicht nach Israel exportiert werden, solange die israelische Regierung der Sicherheit der Zivilbevölkerung in Gaza keine signifikant höhere Priorität einräumt. Die GKKE spricht sich außerdem entschieden gegen Rüstungsexporte an autokratische Staaten im Nahen Osten wie zum Beispiel Saudi-Arabien aus. Die Lieferung weiterer Rüstungsgüter an diese Staaten trägt nicht dazu bei, Israels Sicherheit zu erhöhen, im Gegenteil.

Wir sind uns der Ambivalenzen unserer Positionierung bewusst. Machen wir uns nichts vor: wir sind vielfältig in das Konfliktsystem verstrickt. Worauf es ankommt ist: Dazu beitragen, dass die Gewalt weniger wird und die Sicherheit der Menschen in Israel und Palästina gestärkt wird.
